



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

2. Februar 2021

Nr. 2021-52 R-630-17 Postulat Chiara Gisler, Altdorf, zu Massnahmenplan «Kanton Uri wird Netto-Null bis 2030»; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 11. November 2020 reichten die beiden Landrätinnen Chiara Gisler, Altdorf, und Zweitunterzeichnerin Nora Sommer, Altdorf, ein Postulat zu Massnahmenplan «Kanton Uri wird Netto-Null bis 2030» ein.

Die beiden Postulantinnen führen aus, dass sich viele Menschen, besonders Jugendliche, Sorgen um die Folgen des Klimawandels im Kanton Uri machen würden. Sie fordern einen Massnahmenplan für eine kantonale Klimapolitik, der aufzeigt, wie das Ziel der Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner im Kanton Uri auf Netto-Null bis 2030 erreicht wird. Der Massnahmenplan soll darlegen, wie durch konkrete Massnahmen in den Sektoren Verkehr, Gebäude, Industrie, Finanzen und Landwirtschaft das Netto-Null-Ziel erreicht werden kann. Dabei sollen die Massnahmen im Kanton Uri und nicht mit dem Zukauf von ausländischen CO₂-Zertifikaten erfolgen. Die Urner Bevölkerung soll umfassend über die Folgen der Klimaerwärmung und Lösungsmöglichkeiten zur Eindämmung des Klimawandels informiert werden. Die Massnahmen zur Erreichung der Ziele sollen sozial, ökologisch und ökonomisch verträglich sein.

Die beiden Postulantinnen begründen ihre Forderung wie folgt: Der Bundesrat habe entschieden, dass die Schweiz ab 2050 keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen soll. Diese Reduktion schütze uns bei weitem nicht genug. Daher müsse der Kanton Uri eine Vorreiterrolle einnehmen und das Nötige tun, um seine Einwohnerinnen und Einwohner vor den drohenden Gefahren des Klimawandels zu schützen. Die bisherigen Anstrengungen der kantonalen Politik seien ungenügend. Die Bereiche Klimaschutz, Wissensbildung und Kommunikation der Klimastrategie 2011 würden nicht annähernd genug gefördert. Jetzt sei noch Zeit, enorme Adaptionskosten einzusparen, indem frühzeitig in den Klimaschutz investiert würde. Wir bräuchten eine griffige und zielgerichtete Umsetzung, damit diese Erde für die junge Generation von heute bewohnbar bleibe.

Damit wird der Regierungsrat aufgefordert, dem Landrat einen Massnahmenplan für eine kantonale Klimapolitik vorzulegen.

II. Antwort des Regierungsrats

Der Regierungsrat teilt die Sorgen um die Folgen des Klimawandels im Kanton Uri und sieht Handlungsbedarf in den Bereichen Klimaschutz sowie Klimaanpassung. Daher verankerte der Regierungsrat den Klimaschutz, die Klimaanpassung, die Wissensbildung und die Kommunikation bereits 2011 mit der Klimastrategie.

Der Regierungsrat hat den Klimaschutz und die Klimaanpassung als einen von fünf Schwerpunkten im Regierungsprogramm 2020 bis 2024+ aufgenommen. Unter dem Schwerpunkt 3 «klimaneutrales, energieeffizientes und sicheres Uri» beabsichtigt die Regierung, eine Klima-Vorreiter-Rolle zu übernehmen. Dies soll durch eine spezifische Klimaschutz- und Gesamtenergiestrategie geschehen, die den Absenkpfad zur Erreichung der Klimaneutralität und die dazu erforderlichen Massnahmen in den Bereichen Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Konsum und Ressourcen aufzeigt.

Der Regierungsrat ist bestrebt, die zu erarbeitenden Massnahmen so rasch als möglich, soweit wirtschaftlich, ökologisch und sozial tragbar, umzusetzen. Unter Berücksichtigung all dieser gesellschaftlich relevanten Aspekte wird die Erreichung der Netto-Null Klimagasemissionen je nach Sektor unterschiedlich lange dauern. Es muss allerdings das Ziel sein, möglichst vor, aber spätestens bis 2050 die Klimaneutralität über alle Sektoren zu erreichen.

Die Bereiche Kommunikation und Information, wie sie bereits in der Klimastrategie 2011 vorgesehen sind, sollen künftig verstärkt werden. So sollen die etablierten, jährlichen Workshops zum Thema Anpassung an den Klimawandel einem breiteren Publikum geöffnet werden. Zudem soll der Klimaschutz an diesen Veranstaltungen und den Urner Bildungsinstitutionen einen grösseren Stellenwert erhalten.

Der Kontakt mit der Wissenschaft besteht bereits heute. So bietet der Bund zahlreiche Klimapodien an, an denen der Kanton Uri teilnimmt. Zudem werden Fachreferenten zu den Klimaworkshops eingeladen. Trotzdem soll der Austausch mit nationalen und regionalen Forschungsstellen intensiviert werden.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf die vorangegangenen Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Postulatstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathaus-
presse; Standeskanzlei; Amt für Energie; Amt für Umweltschutz; Direktionssekretariat Baudirektion;
Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion und Gesundheits-, Sozial- und Um-
weltdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'E. B. C.', written over the printed name 'Der Kanzleidirektor'.